Anhang **182.25** zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,

die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

0000000000000000000000000000000000000000000000000000

Zum Bodenrecht

Aussagen von Konrad Adenauer

Winston Churchill

und

anderen Autoren

Zum Bodenrecht folgen hier nur ein paar Hinweise auf ein Thema, das in der gesellschaftlichen Diskussion, zu wenig beachtet wird. Das gilt besonders für die Wissenschaft und Politik. Mein erster Hinweis gilt dem Archiv für Geld und Bodenreform, es ist untergebracht in der Ossietzky-Universität in Oldenburg. Leider kann es nur zu begrenzt genutzt werden, weil das Geld für die personelle Betreuung fehlt.

Archiv für Geld- und Bodenreform - Uni Oldenburg

uol.de › bis › archive-und-sammlungen › archiv-fuer-geld-und-bodenreform
In ihrem seit 1983 aufgebauten „Archiv für Geld- und Bodenreform" sammelt die „Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" Primär- und Sekundärliteratur ...

Archiv Geld- und Bodenreform | Vorstellung - Sozialökonomie.infocnmie

www.sozialoekonomie.info › archive › archiv-geld-und-bodenreform-vors...
Ansprache bei der Aufnahme des Archivs für Geld- und Bodenreform in die Bibliothek der. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg am 10. November 2007.

[PDF] und Bodenordnung 1973–2023 & 40 Jahre Archiv für Geld- und ...

www.stiftung-geld-boden.de › files › user › assets › img › 50 Jahre St...
Geld- und Bodenordnung 1973–2023. &. 40 Jahre Archiv für Geld- und Bodenreform 1983 – 2023. Rückblicke von Werner Onken bei einer internen Klausurtagung am 2 …

00000

bei der Initiative für die Natürliche Wirtschaftsordnung – in der Kurzform INWO oder alternativ Fairconomygenannt – wird man Hinweise auf Quellen und Unterstützung für Arbeiten am Thema Bodenrecht finden.

www.inwo.de

00000

Ein Spezialist für das Thema Bodenreform ist

Prof. Dr. Dirk Loehr

www.dirk-loehr.de
Willkommen auf meinen Internet-Seiten ! Sie finden verschiedene Informationen rund um meine Lehr- und Forschungstätigkeiten sowie interessante Links und ...

Prof. Dr. Dirk Löhr - Umwelt-Campus Birkenfeld

www.umwelt-campus.de › dloehr
Sprechzeiten. Donnerstags, 15:30-16:15 sowie nach Vereinbarung! Homepage · Details. Prof. Dr. Dirk Löhr. Persönliche Webseite. Sprechstunde: Mo. 13.45 - ...

Die Fundstelle für die Aussagen Adenauers zum Bodenrecht ist meinem nachfolgend benannter Text entnommen:

22.1 **Das Boden(un)recht I** - Hauptteil
Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit
Eine Sammlung fremder und eigener Texte - *Oktober 2000*

22.2 **Das Boden(un)recht II**
Eigenständige Beiträge von Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a.

Das Boden(un)recht / Teil I / Seite - 130 -

Konrad Adenauer

Ich kehre nochmals zu Damaschkes Buch „Die Bodenreform" zurück, um zwei weitere Aussagen zum Bodenrecht wiederzugeben. Ich zitiere aus der 20. Auflage von 1923.

„Oberbürgermeister Dr. Adenauer = Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrates, führte aus:

'Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.

Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit, für viele Gene-

rationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrayons. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten - aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand.
Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!' " (S. 476)

Die Tatsache, das Adenauer dann, als er Bundeskanzler war, seine Einsichten, die er als Oberbürgermeister gewonnen hatte, vergessen hatte, ist offensichtlich Bestandteil einer Politikerkarriere. Vielleicht wollte Adenauer auch durch viele kleine Eigentümer-Parzellen – die immer ein Schutzwall für den Großgrundbesitz sind, – wie an anderer Stelle schon in ähnlicher Form gesagt habe – die Republik immun gegen kommunistische Einflüsterungen machen.
Dies hätte er aber auch durch das Instrument des Erbbaurechtes erreichen können. Ich habe das Zitat von Adenauer vor Jahrzehnten ausgegraben und in den Umlauf gebracht. Inzwischen kommt es mit Arbeiten anderer Autoren wieder zurück zu mir.

Ich gehe jetzt zu dem Buch > ***Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung*** < von **Martin Pfannschmidt**, mit einem Vorwort von Professor **Gustav Bohnsack** , 1990, zum Abschnitt 52, und dem Titel

Winston Churchill zum Bodenmonopol ab Seite 104,

Nachfolgende Seiten sind ohne Seitenangabe oder haben solche der jeweiligen Quelle:

52 Winston Churchill zum Bodenmonopol

(Auszug aus einer Rede in Edinburgh am 17. Juli 1905, nach **House and Home,** Heft August 1960, San Francisco, pg. 126 – 127, übersetzt vom Verfasser)

Das Bodenmonopol ist nicht nur ein Monopol, sondern das weitaus größte aller Monopole. Es ist ein ewiges Monopol, und es ist die Mutter aller anderen Arten von Monopolen.

Unverdienter Bodenwertzuwachs ist nicht die einzige Form unverdienter Gewinne, aber er ist die Urform eines unverdienten Wertzuwachses, und er wird durch Prozesse erzeugt, die nicht nur nicht heilsam, sondern positiv schädlich für die menschliche Gesellschaft sind.

Boden ist eine Lebensnotwendigkeit für die menschliche Existenz. Er ist der Urquell allen Wohlstandes, in seiner Ausdehnung fast unbegrenzt, in seiner örtlichen Lage festgelegt. Dieser Boden, sage ich, unterscheidet sich von allen übrigen Formen des Eigentums, und die uralten Gewohnheitsrechte fast aller modernen Staaten haben den Besitz, die Übertragung und die Rechtsverbindlichkeiten des Bodens unter Kategorien gestellt, die von anderen Eigentumsarten grundverschieden sind. Nichts ist daher unterhaltsamer, als die Bemühungen der Bodenmonopolisten um den Nachweis zu beobachten, daß andere Arten des Eigentums und des Wertzuwachses dem Bodeneigentum und dem unverdienten Bodenwertzuwachs in jeder Hinsicht gleichen.

Sie reden von wachsenden Gewinnen, die ein Arzt oder ein Rechtsanwalt aus dem Bevölkerungszuwachs der Stadt ziehen, in der sie leben. Sie reden von Gewinnen, die eine Eisenbahn aus dem Wachstum von Wohlstand und Betrieb der Gebiete zieht, durch die sie führt. Sie reden von Gewinnen, die durch ein Steigen von Aktien, und auch von Gewinnen, die zuweilen bei dem Verkauf von Kunstwerken erzielt werden.

Doch wie irreführend und falsch sind all diese Analogien. Die Glücksfälle aus dem Verkauf eines Gemäldes, eines van Dycke oder Holbein, mögen hier und da beträchtlich sein. Gemälde kommen jedoch nicht in jedermanns Hand. Sie legen nicht einen Zoll auf jedermanns Arbeit. Sie berühren nicht die Unternehmung und die Produktion. Sie bewirken nicht die schöpferischen Prozesse, von denen das materielle Wohlergehen von Millionen abhängt.

Wenn ein Steigen der Aktien den glücklichen Aktionären Gewinne bringt, die weit über das hinausgehen, was sie erwartet oder in der Tat verdient haben, so wurden diese Gewinne nicht dadurch erzielt, daß der Gesamtheit der Boden gesperrt wird, den sie benötigt. Sie wurden vielmehr durch die Versorgung der Industrien mit Kapital erzielt, ohne das sie nicht hätten betrieben werden können.

Wenn eine Eisenbahn größere Gewinne macht, transportiert sie für gewöhnlich mehr Güter und Passagiere.

Wenn ein Arzt oder ein Rechtsanwalt sich einer größeren Praxis erfreut, so besucht der Arzt mehr Patienten und anspruchsvollere Patienten, führt der Rechtsanwalt vor Gericht mehr Prozesse und bedeutendere Prozesse. In allen Fällen leisten der Arzt und der Rechtsanwalt für ihre Gebühren Dienste.

Es ist eine Täuschung, diese gesunden Prozesse mit der Bereicherung zu vergleichen, die dem Bodeneigentümer zuteil wird, der zufällig ein Stück Land am Rande einer großen Stadt besitzt und zusieht, wie die geschäftige Bevölkerung um ihn herum die Stadt täglich größer, reicher, gefälliger und berühmter macht, und er sitzt allderweil still und tut nichts.

Bahnen werden gelegt, Straßen gebaut, die Versorgungsanlagen verbessert, elektrisches Licht macht die Nacht zum Tage, Wasser wird aus Behältern geholt, die hundert Meilen weit in den Bergen liegen, und der Bodeneigentümer sitzt allderweil still und tut nichts. Jede einzelne dieser Investitionen wird durch Arbeit und auf Kosten der übrigen Bevölkerung und der Steuerzahler bewirkt. Zu keiner Verbesserung trägt der Bodenmonopolist als Bodenmonopolist bei, und doch erhöht jede von ihnen den Wert seines Bodens. Er leistet der Gesamtheit keinen Dienst, er trägt nichts zur allgemeinen Wohlfahrt bei, er leistet keinen Beitrag zu dem Prozeß, dem er seine eigene Bereicherung verdankt.

Während der Boden für den unverdienten Wertzuwachs seines Eigentümers, wie man sagt, „reif wird", muß der Kaufmann, der in sein Geschäft geht, muß der Handwerker, der zur Arbeit geht, einen Umweg um ihn machen oder eine Gebühr zahlen, um den Umweg zu vermeiden. Die Einwohner verlieren die Möglichkeit, den Boden zu nutzen, Stadt und Staat verlieren die Steuern, die zugenommen hätten, wenn die natürliche Entwicklung ihren Lauf genommen hätte, und der Bodenmonopolist braucht allderweil nur still zu sitzen und zufrieden zuzusehen, wie sich sein Eigentum im Wert vermehrt und zuweilen vervielfacht, ohne alle Mühe und alles Zutun seinerseits.

Doch verfolgen wir den Prozeß ein wenig weiter. Die Bevölkerung wächst und wächst. Die Übervölkerung der ärmeren Viertel wird akut, die Mieten steigen, und Tausende von Familien werden in Mietwohnungen zusammengedrängt. Schließlich wird das Bauland reif zum Verkauf. Das bedeutet, daß der Verkaufspreis zu verlockend wird, um ihm länger zu widerstehen. Dann erst, und nicht früher, wird es ellen- oder zollweise zum Zehn-, Zwanzig- oder Einhundertfünfzigfachen seines landwirtschaftlichen Preises verkauft.

Je größer rings im Land die Bevölkerung wird, um so größer wird das Unrecht, das die Öffentlichkeit durch langfristige Bodensperren erleidet, um so mehr Schwierigkeiten widerfahren jedermann, um so ernsthafter werden die Verluste an wirtschaftlicher Kraft und Leistung, um so reicher wird der Gewinn des Bodeneigentümers, wenn der Verkauf endlich vollzogen wird. Man kann in der Tat sagen, daß der unverdiente Bodenwertzuwachs vom Bodeneigentümer in genau dem gleichen Maße – nicht seines geleisteten Nutzens, sondern seines geleisteten Schadens geerntet wird. Sein Monopol ist das Grundphänomen, und wo sein Monopol herrscht, wird das Einkommen des Monopolisten um so größer, je größer das der Gesellschaft angetane Unrecht ist.

Dieser üble Prozeß schlägt auf jede Art industrieller Tätigkeit zurück. Wünscht die Stadtverwaltung breitere Straßen, bessere Eigenheime, wünscht sie gesünder, gefälliger und sachkundiger geplante Städte, so muß sie für ihre Ausführung in demselben Maße mehr zahlen, in dem sie sich selbst in der Vergangenheit um ihre Verbesserung bemüht hat. Je mehr sie die Stadt verbessert hat, um so mehr muß sie jetzt für jedes Stück Land zahlen, das sie jetzt für weitere Verbesserungen zu erwerben wünscht.

Der Fabrikant, der die Gründung einer neuen Industrie beabsichtigt und eine große Fabrik errichten will, die Tausenden Händen Beschäftigung gibt, muß einen solchen Preis für sein Land zahlen, daß der Kaufpreis seinem ganzen Unternehmen wie eine Schlinge um den Nacken hängt. Er hemmt seine Wettbewerbsfähigkeit auf allen Märkten und belastet ihn in seinem Ausfuhrwettbewerb weit mehr als ausländische Zolltarife. Über geringere Gewinne des Fabrikanten drückt der Bodenpreis auch die Löhne der Arbeiter herunter.

Gleichgültig, wohin wir blicken und was für Beispiele wir wählen, können wir sehen, daß jede Art von Unternehmung, jeder Tritt materiellen Fortschritts nur vollzogen werden können, nachdem der Bodenmonopolist für sich selbst die Sahne abgeschöpft hat. Jedermann und jede öffentliche Körperschaft, die den Boden seiner intensivsten Nutzung zuzuführen wünschen, sind gezwungen, im Bodenwert eine Zulassungsgebühr an denjenigen zu zahlen, der ihn in einer extensiven Nutzung hält und zuweilen überhaupt nicht nutzt. Alles kommt wieder dem Wert des Bodens zugute, und sein Eigentümer ist in der Lage, einen Zoll auf alle übrigen Arten des Vermögens und auf jede Art von Betrieb zu erheben.

Ein Teil und in manchen Fällen der volle Betrag des Nutzens, der durch die Gesamtheit mühsam erworben wird, steigern den Bodenwert und finden ihren Weg automatisch in die Tasche des Bodeneigentümers. Steigen die Löhne, so können die Mietpreise anziehen, weil die Arbeiter imstande sind, ein wenig mehr zu zahlen. Wird eine neue Eisenbahn oder eine neue Straßenbahn eröffnet, oder bringt eine Verbesserung der öffentlichen Dienste, eine Senkung der Verkehrstarife, eine neue Erfindung oder irgend ein anderer öffentlicher Vorteil dem Arbeiter in irgendeiner bestimmten Gegend einen Gewinn, so wird für den Arbeiter das Leben leichter, und der Bodenbesitzer und sein Grundherr, einer auf dem Rücken des anderen[132], sind daher imstande, die Arbeiter für das Privileg, dort zu leben, höher zu besteuern.

Vor einigen Jahren wurde in London auf einer Brücke über die Themse ein Zoll erhoben. Die gesamte Arbeiterbevölkerung, die südlich der Themse lebte, mußte täglich einen Penny zahlen, um zur Arbeit zu gehen und von der Arbeit zurückzukehren. Das Schauspiel dieser Bevölkerung, die so eines großen Teiles ihres Verdienstes beraubt wurde, rührte an das öffentliche Gewissen. Eine Aktion wurde ins Leben gerufen, städtische Behörden wachten auf, und auf Kosten der Steuerzahler wurde die Brücke befreit und der Zoll aufgehoben. Die gesamte Bevölkerung, die die Brücke benutzte, sparte sechs Pence wöchentlich. Nach kurzer Zeit stellte sich jedoch heraus, daß die Mieten auf dem Südufer etwa um sechs Pence wöchentlich, d. h. um die Höhe des erlassenen Zolls gestiegen waren.

Ein Freund von mir erzählte mir am nächsten Tag, daß in dem Kirchsprengel Southward von mildtätigen Einwohnern in Verbindung mit einer der Kirchgemeinden für rd. 350 £ Brot als Almosen gespendet wurde. Als eine Folge dieser Mildtätigkeit wurde die Nachfrage nach Kleineigenheimen und Einraummietwohnungen so groß, daß die Mieten in dem Kirchsprengel jetzt wesentlich höher liegen.

Alles kehrt zum Boden zurück, und der Bodeneigentümer ist in der Lage, für sich selbst von fast jedem öffentlichen und privaten Nutzen einen Teil einzustecken, wie bedeutend oder winzig dieser Nutzen auch gewesen sein mag.

Ich hoffe, Sie werden verstehen, daß, wenn ich von dem Bodenmonopolisten spreche, ich mich mit dem Prozeß mehr als mit dem individuellen Bodeneigentümer befasse, der in den meisten Fällen ein Ehrenmann ist und keine Ahnung von der Art der Methode hat, durch die er bereichert wird. Ich wünsche nicht, irgendeine Klasse der öffentlichen Mißbilligung auszusetzen. Ich denke nicht, daß ein Mann, der unverdienten Wertzuwachs des Bodens zu Geld macht, moralisch schlechter ist als irgendjemand, der seinen Gewinn dort sucht, wo er ihn auf dieser harten Welt unter dem Schutz des Gesetzes und nach öffentlichem Brauch findet. Ich greife nicht den einzelnen an, sondern das System. Nicht der Mensch ist zu tadeln, der tut, was das Gesetz erlaubt und was alle anderen tun. Der Staat ist zu tadeln, wenn er sich nicht bemüht, das Gesetz zu reformieren und die Praxis zu verbessern.

Wir wünschen nicht den Bodeneigentümer zu bestrafen, wir wünschen, das Gesetz zu ändern.

Vorwort

Vergessen war in den letzten Jahren im bundesdeutschen Bewußtsein in der Tat der Boden als Faktor der Marktwirtschaft. Die Bodenpreise stagnierten, ja, sie fielen z.T. sogar. Mietwohnungen waren leer. Nach holländischem und englischem Beispiel wurde diskutiert, hohe Häuser zwar nicht zu sprengen, wohl aber die oberen, nicht vermietbaren Etagen abzutragen. Bescheidene Ergänzungen des Bewertungsrechtes – die Ermittlung von Richtwerten flächendeckend auch für bebaute Grundstücke – bei der parlamentarischen Beratung des Baugesetzbuches wurden 1986 vom Bundesrat mit der Begründung abgelehnt (Drs. 10/5027), „es besteht kein Bedürfnis für die Ausweitung der bundesdeutschen Vorschriften über die Ermittlung von Bodenrichtwerten," also kein politischer Handlungsbedarf! Inzwischen haben wir zwar wieder einen hohen Bedarf an Wohnungen – gefordert werden von Politikern 500 000 neue Wohnungen pro Jahr –, doch zu einer Bodenrechtsdiskussion ist es trotzdem in der Bundesrepublik bisher nicht gekommen. Vergessen sind die Auseinandersetzungen der siebziger Jahre.

Ganz andere politische Rangordnung hat der Faktor Boden heute dort, wo die Marktwirtschaft erst seit wenigen Wochen geübt wird, in der bisherigen DDR. Vierzig Jahre Sozialismus mit Besatzungsrecht, sog. Bodenreform, Enteignungen verschiedenster Art, mit einer Verfassung und mit einem Zivilgesetzbuch i.S. des Kommunistischen Manifestes von 1848 etc. haben zu einer Eigentumsordnung am Grund und Boden geführt, die einem Verwirrspiel besonderer Art gleicht. Die Folgen der nach unserer, nach westlicher Auffassung weitgehend unklaren Eigentumsverhältnisse am Boden: kein Erwerb, keine Sicherung von Beleihungen möglich, daher keine (westlichen) Investitionen, daher keine Schaffung neuer Arbeitsplätze, daher bald eine (oder gar zwei?) Millionen Arbeitslose, daher ... Und daher beschäftigen sich fast täglich die Medien und die Politiker mit dem Eigentumsproblem am Faktor Boden in der DDR. Doch werden sich unsere Politiker, die alten oder die neuen, zu wirklich durchgreifenden Lösungen i.S. von Martin Pfannschmidt gegen eine übermächtige Lobby durchsetzen? Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschoŭ. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschoŭgebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses

höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: „Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat." Aber geändert hat sich seither nichts.

Martin Pfannschmidt hat ein ganzes Berufsleben bis zu seinem Lebensende im hohen Alter für soziale Gerechtigkeit, für die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden gekämpft, vergebens! Wann wird der von den Politikern vergessene Faktor Boden endlich in das helle Rampenlicht zukunftsweisender Bodenpolitik gerückt? Die gegenwärtige Entwicklung des mitteldeutschen Raumes beweist doch wohl, daß hier „Handlungsbedarf" besteht – und das, bevor auch dort, wie im Westen, zufällige Eigentümer ohne eigene Leistung zu Lasten der Gesellschaft Millionen verdienen. Martin Pfannschmidt weist mit dem vorliegenden Werk an in- und ausländischen Beispielen Wege zur Problemlösung und zwar nun für das *vereinte* Deutschland.

Hannover, 3. Oktober 1990 *Prof. Gustav Bohnsack*

V+VI entfallen

in Knechtschaft zu bringen drohte. Da war es Nehemia, der mit fester Entschlossenheit die soziale Ordnung auf eine gesunde Grundlage stellte (Kap. 5):

„Ich sprach zu ihnen: So gebet ihnen nun heutigen Tages wieder ihre Äcker, Weinberge, Ölgärten und Häuser und den Hundertsten am Gelde, am Getreide, am Most und am Öl, das ihr an ihnen gewuchert habt.

Da sprachen sie: Wir wollen es wiedergeben und wollen nichts von ihnen fordern und wollen tun, wie du gesagt hast! Und ich rief den Priestern und nahm einen Eid von ihnen, daß sie also tun sollten."

Dieser neue Aufbau der alten sozialen Ordnung ermöglichte die Siege der Makkabäer. Noch einmal entstand ein jüdisches Reich, bis der zersetzende Geist eines entarteten Hellenismus und der eiserne Schritt der römischen Legionen ihm ein Ende bereitete.

5. Die religiösen Auffassungen unserer Zeit.

Wie weit die israelitische Religion als solche heute noch die Erfüllung der angedeuteten mosaischen Gesetzgebung fordert, weiß ich nicht. Daß aber auch die späteren jüdischen Schriften die Vernachlässigung der Bodengesetze den schwersten Sünden gleichstellen, beweisen verschiedene Talmudstellen, so z. B. die Mischna Aboth 5, 11.

„Die göttliche Strafe der Verbannung trifft die Menschen für die Sünden des Götzendienstes, der Blutschande, des Mordes und wegen der Vernachlässigung der Gesetze über das Brachliegenlassen des Landes."

Maimonides sagt: „Moreh Nebuchim", 3. Kap. 39:

„Die Verordnungen der Traktate „Schemita we-Jobel" haben zum Zwecke, . . . die zum Leben unentbehrlichen Dinge für alle

Zeiten zu sichern, indem sie den Grund und Boden zu einem unveräußerlichen Fonds machen."

Die zionistische Bewegung, die „für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina" erstrebt, hat auf ihrem Basler Kongreß 1903 beschlossen, die Bodenreform zur Grundlage des erstrebten „Judenstaates" zu machen. Die Aufgabe des wichtigsten Mittels dazu, des Nationalfonds, schilderte die zionistische „Jüdische Rundschau" in Nr. 5 von 1906 also:

„Der Jüdische Nationalfonds dient der privatrechtlichen Erwerbung von Boden in Palästina, um ihn dem „Privatrecht" und der privaten Spekulation für alle Zeiten zu entziehn. Die Grundrente wird verstaatlicht und dadurch von vornherein jenen schweren sozialen Krisen vorgebeugt, gegen die die modernen Staaten so schwer ankämpfen müssen, eben weil Grund und Boden privatrechtlich behandelt wird. Hier knüpft der Zionismus, d. i. das Jüdische Volk auf der Wanderung nach Palästina, gleichzeitig an seine älteste Landverfassung und an die modernste soziale Bewegung, die Bodenreform, an." —

Und das Christentum? Christus selbst sagt: „Ich bin nicht gekommen, das Gesetz und die Propheten aufzulösen, sondern zu erfüllen." Christliche Theologen von Namen sind der Überzeugung, daß das Christentum die Durchführung bodenreformerischer Grundsätze als Pflicht fordere.

Pastor Zollmann-Utzendorf genießt in kirchlichen Kreisen begründetes Ansehen; seine Schrift: „Natur und Offenbarung" ist preisgekrönt und viel verbreitet. In seiner Predigt: „Das Christentum und die zukünftige Volkswirtschaft" behandelt er das vielzitierte Wort der Bergpredigt:

„Ihr sollt nicht sorgen und sagen, was werden wir essen, was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden? Trachtet am

ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen."

Trachtet nach der Gerechtigkeit des Reiches Gottes, nicht nach seiner Barmherzigkeit, nicht nach seiner Liebe — nach der Gerechtigkeit, der Grundlage aller gesunden wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen es niemand nötig hat, Seele und Leib verkommen zu lassen in Schmutz und Elend, in Angst und Qual um Kleidung und Speise.

Er führt dann eine Rede Adolph Wagners im Bunde Deutscher Bodenreformer an:

„Es gibt Personen, die jährlich eine halbe Million durch Grundstückspekulation verdienen. Die Zahl der Mieter, der Kaufleute und Handwerker bezahlt sie. Das ist Ausbeutung. Alle Parteien könnten sich hier vereinen",

und Zollmann fügt hinzu:

„wenigstens alle diejenigen müssen es, welche die Gerechtigkeit des Reiches Gottes auf Erden verwirklicht sehen wollen."

Zollmann zeigt, weshalb gerade die Bodenreform im Gegensatz zum Kommunismus der christlichen Auffassung vom Wert der Persönlichkeit entspricht:

„Die Bodenreform geht nicht aus auf Gleichmacherei, die mit allgemeiner Knechtung gleichbedeutend ist, sondern auf Bewahrung der Einzelfreiheit und des Einzel- und Familienbesitzes, der durch eigene und Familienarbeit erworben ist — diese individuelle Freiheit erwachsend und gedeihend auf der wirtschaftlichen Basis des durch die Gesellschaft erworbenen Vermögens: des sich steigernden Wertes vom Boden. Mit dieser Wahrung und Entwicklung individueller Freiheit, die gerade unter unseren jetzigen verschobenen Besitzverhältnissen nur für einen kleinen Teil der Menschheit

vorhanden ist, bietet diese wirtschaftliche Richtung allerdings dem christlichen Denken eine bedeutende Anziehung, während es von der kommunistischen Richtung (diese ganz abgesehen von irgendwelchen radikalen politischen und religiösen Tendenzen, rein als wirtschaftliche Richtung betrachtet) mit ihrer Verstaatlichung aller Produktionsmittel und der damit notwendig gegebenen Aufhebung der freien Entwicklung der Persönlichkeit abgestoßen werden muß."

Friedrich Naumann ist von der Universität Heidelberg wegen seiner weitverbreiteten Andachten: „Gotteshilfe" zum Ehrendoktor der Theologie ernannt worden. In ihnen finden wir folgende „Bodenreform-Andacht":

„Wehe denen, die ein Haus an das andere ziehen und einen Acker zum anderen bringen, bis daß kein Raum mehr da sei, daß sie allein das Land besitzen. (Jesaja 5, 8.)

Das Land gehört dem Leben des Volkes. Es ist dazu da, daß Menschen auf ihm atmen, arbeiten, wohnen, spielen und sich tummeln sollen. Land, das nicht in irgendeiner Weise Menschen zum Leben dient, daß sie Luft und Licht und Raum um sich herum haben, hat seinen Wert verloren. Damit ist nicht gesagt, daß es nicht in Privatbesitz sein könnte; aber es ist gefordert, daß der Privatbesitz an Land kein Hindernis der Entwicklung aller Volksgenossen werden darf. Das ist die Ansicht eines so alten ehrwürdigen Propheten wie Jesaja.

Natürlich sind wir über Jesaja weit hinaus. Wir ertragen es, daß große Landstriche in einzelnen Händen und viele Bauplätze in der Macht weniger Gesellschaften sind. Es empört uns nicht mehr, wenn wir in den Außenteilen der großen Städte die unbebauten Grundstücke liegen sehen,

auf denen Hunderte und Tausende von Familien wohnen könnten; aber der Herr des Bodens will sie noch etwas zurückhalten, bis sie sich bequemen, ihm noch etwas höhere Preise zu zahlen. Unsere Pastoren predigen nicht über die veraltete Meinung des israelitischen Propheten; unsere Kirchenpatrone halten derartige Stücke des Alten Testaments für Menschensatzung, und unsere Mitglieder des Kirchengemeinderats fühlen nichts vom alten Prophetensinn. Die Art Bibelglaube, die solche Worte wörtlich nimmt, ist nicht mehr da. Auch die Rechtgläubigsten halten den Kampf des Propheten gegen die großen Landherren für etwas, was nur aus damaligen Verhältnissen erklärt werden kann. Warum soll man sich auch mit der Bibel praktische Ungelegenheiten machen? Dazu ist das Buch nicht da. Man legt es auf den Altar zwischen die Leuchter unter das Kruzifix und holt aus ihm persönliche Heilslehre heraus. Wie werde ich selig? ist die Lebensfrage der Frommen geworden. Wie richten wir unser Dasein Gott wohlgefällig ein? ist dabei zu kurz gekommen.

Natürlich sprach Jesaja aus seiner Zeit heraus und für seine Zeitgenossen, und es würde an sich ganz gut möglich sein, daß sein „Wehe" heute nicht mehr Geltung hätte. Aber das Gewissen jedes sittlich stark empfindenden Menschen sagt gerade in diesem Falle: Jesaja hat recht!

Er hat recht; denn noch heute leben Menschen zwischen uns, für die „kein Raum mehr" da ist. Diese Raumverkürzung ist eine Vergewaltigung des Lebens. Siehe, wie blaß sind die Kinder, die in engen Löchern aufwachsen! Siehe, wie unstät und flüchtig ist das arme Volk überall dort, wo ein Acker zum anderen gebracht ist bis zu Riesengütern!

O komm, Jesaja, steige aus deiner steinernen Gruft und hilf uns, die wir jetzt leben, im Kampfe gegen das Unrecht!

Nicht Politik sollen unsere Prediger predigen; aber wirkliches Leben sollen sie mit dem Lichte Gottes beleuchten. Oft scheint es, als ob Mord, Ehebruch und Diebstahl die einzigen Sünden seien, die des Kampfes wert sind. Wie aber steht es mit der Habsucht? Wie steht es mit der selbstsüchtigen Ausnutzung der Naturgaben Gottes? Hat hier kein Prophet mehr etwas zu sagen? Oder sagt ihr es wirklich, ihr Propheten, nur hören sie nicht auf euch? Dann, bitte, sagt es noch einmal, sagt es laut, sagt es grell, sagt es unmißverständlich wie Jesaja!

In der Religion des Alten und des Neuen Testaments ist ein starker Trieb zum einfachen Volke. Die Bibel ist parteiisch. Sie ist nicht so glatt, fein, poliert, daß sie nicht merkbare innere Härten besäße. Ist das nicht wichtig für alle diejenigen, die Christen sein wollen? Die Gefahr liegt so unendlich nahe, daß man das Evangelium der Liebe zum Evangelium der Gleichgültigkeit werden läßt. Es ist die alte menschliche Faulheit und Feigheit, die sich hinter den Mantel der Liebe versteckt, um keinen Charakter zeigen zu müssen. Gewiß, auch den Sünder liebt Gott, auch den Landwucherer; aber gegen seine Sünde läßt er durch seinen ersten großen Propheten ein „Wehe" schleudern, das noch heute trifft und gefühlt wird. Wehe denen, die ein Haus an das andere ziehen und einen Acker zum anderen!" —

Der englischen Hochkirche gehört die Brüderschaft von Sankt Matthäus an, eine streng kirchliche Vereinigung von Geistlichen, die sich zur Hauptaufgabe stellt:

„Die Vorurteile gegen die Kirche, ihre Sakramente und Lehren zu bekämpfen und zu arbeiten, daß Gott gerechtfertigt wird in den Augen des Volkes."

Einer ihrer Vertreter, der Londoner Reverend Headlam, predigte am 21. September 1890:

„Ich rede zu euch als zu Männern und Frauen, die bei ihrer Taufe Erben des Himmelreichs geworden und deshalb verpflichtet sind zur Teilnahme an der Fortsetzung jenes Befreiungswerkes, das Jesus Christus angefangen hat auch für das irdische Glück des Volkes. Ich spreche zu euch als zu Menschen, die verpflichtet sind, zu kämpfen gegen jene Übelstände bei euch und in der Gesellschaft, welche die Schönheit der von Jesus Christus erlösten Welt entstellen. Wir haben genug sentimentales Gerede gehabt und eine Tätigkeit hin und her rein gefühlsmäßiger Art, welche die Übelstände nur an der Oberfläche anrührte und ihnen nicht an die Wurzel ging. Die Zeit liegt hinter uns, wo man es für die Aufgabe der Kirche und der Geistlichen hielt, den Armen nur Unterwerfung unter ihr Los zu predigen: unser Erzbischof selbst hat erklärt, daß der Fabrikarbeiter Ursache hat, unzufrieden mit seinem Lose zu sein. Gott hat uns gelehrt, daß das geistliche und sittliche Wohl des Volkes geschädigt wird unter schäbigen und schmutzigen Lebensverhältnissen. Es ist unsere Pflicht gegen Gott ebenso sehr wie unsere Pflicht gegen unseren Nächsten, diese Verhältnisse zu ändern.

Unser Studium der sozialen und politischen Fragen im Lichte der Menschwerdung hat uns zu dieser Wahrheit geführt: die Hauptursache des Elends und der Armut, gegen welche die Kirche zu kämpfen hat, ist das Monopol, das

Einzelne zu Besitzern jener Werte des Bodens macht, die für alle bestimmt sind. Ich lege es euch ganz klar vor, daß dadurch, daß die Arbeiter auf dem Lande keinen Acker bekommen können, das Steigen der Löhne verursacht wird, daß die Vertreibung der Arbeitskräfte vom Lande in die Städte ein Sinken der Löhne und ein Steigen der Renten bewirkt und jene Elenden schafft, die man nicht leiden mag, und die wir Kinder der Kirche doch zu lieben verpflichtet sind, und zum Boden zurückzuführen; und ferner, daß die ungeheueren Werte des Bodens, auf dem dies unser London steht, kraft unveräußerlichen natürlichen Rechtes nicht denen gehören, die sie zufällig heute besitzen, sondern der Gesamtheit des Volks, die sie durch ihr Leben und ihre Arbeit erzeugt.

In diesem Sinne appellieren wir an euch angesichts der Übel, welche die Armut hervorruft, nicht daß sie sollen durch christliche Barmherzigkeit erleichtert, sondern durch christliche Gerechtigkeit unmöglich gemacht werden. Das kann geschehen, wenn die Kirche den Willen hat, sie unmöglich zu machen: nur ein wenig Organisation der bürgerlichen Gemeinden auf christlichen Grundlagen, nur ein kräftiges Eintreten aller Kirchenglieder bei einem jener geweihtesten Augenblicke in eines Menschen Leben — bei einer Gemeinde- oder Parlamentswahl — für Abschaffung des Monopols an dem Boden, dem einen großen Urproduktionsmittel, würden wirksamer sein, jene Übel zu verhüten, als alles, was ihr sonst tun könnt.

Freilich werden einige von euch sagen: Das geht nicht! Politik darf nicht so nackt auf die Kanzel gebracht werden. Wir erwidern darauf: Wenn wir alles zur Ehre Gottes tun

sollen, wenn die Reiche dieser Welt, wie Christus sagt, Gottes und nicht des Teufels sind, wenn die Kirche es mit dem ganzen Menschenleben zu tun hat und nicht bloß mit einem Teile: dann müssen auch diese Dinge auf der Kanzel besprochen werden. Gewiß nicht immer, auch nicht sehr oft. Es gibt viele andere Dinge, die der Geistliche zu besprechen hat (obgleich ihr finden werdet, daß die meisten der Übelstände, gegen welche er zu kämpfen hat, sich leichter bewältigen ließen, weil sie weniger Nahrung für ihr Wachstum fänden, wenn jenes große Übel beseitigt wäre), aber wenn nicht immer, so doch dann und wann!

Die Herrlichkeit Gottes, die in Jesu Christo geoffenbart ist, ist nicht bloß eine geistliche Herrlichkeit, die wir nur in einer anderen Welt zu erwarten hätten, sondern sie gehört auch dieser Zeitlichkeit an, sie ist sozial; denn Gott will alle Menschen erlöst haben von Krankheit, Elend und Sünde." —

In der katholischen Kirche finden wir ähnliche Stimmen in steigender Zahl. Thomas Nulty, Bischof von Meath in Irland, hat am 2. April 1881 einen Brief an die Geistlichkeit und die Laien seiner Diözese gerichtet, in dem er klar und scharf die sittlichen Grundwahrheiten der Bodenreform vom religiösen Standpunkte aus beleuchtet:

„Die Notwendigkeit der Arbeit beweist das Recht der Gesamtheit auf den Boden. Obgleich die Erde in ihrem jetzigen Zustande, durch die Güte Gottes zur Erhaltung des Menschengeschlechts vorgesehen, noch eine glänzende Erbschaft ist, so ist sie nichtsdestoweniger eine Erbschaft, die den Menschen unter die Notwendigkeit einer mühevollen, beschwerlichen Arbeit zwecks ihrer Bebauung und Verbesserung stellt, um ihr die für seinen Unterhalt notwendigen Mittel

abzugewinnen. Die Menschheit kann nicht auf der Erde leben, wenn sie sich weigert, sich dem unvermeidlichen Gesetz der Arbeit zu unterwerfen. Kein Mensch kann sich jenem Weltgesetz entziehen, das es zu einer Notwendigkeit für jedermann gemacht hat: „sein Brot im Schweiße seines Angesichts zu essen".

Gott war vollkommen frei, als er uns schuf. Aber indem er uns schuf, verpflichtete er sich, uns auch mit den zu unserer Erhaltung nötigen Mitteln auszustatten. Der Boden ist das einzige Mittel dieser Art, das uns bis jetzt bekannt ist.

Der Boden jedes Landes ist darum das Gemeineigentum seiner Bevölkerung, weil sein wahrer Eigentümer, der Schöpfer, ihr ihn als ein freiwilliges Geschenk überlassen hat: Terram autem dedit filiis hominum. Da also jeder Mensch ein Kind Gottes ist und alle seine Geschöpfe vor seinem Angesichte gleich sind, so würde jegliche Bestimmung über den Boden eines Landes, die auch nur den Geringsten von seinem Anteile an der gemeinsamen Erbschaft ausschließen würde, nicht nur ein Unrecht an eben diesem Menschen, sondern überdies ein ruchloses Widerstreben gegen die gütigen Absichten seines Schöpfers sein.

Diese große volkswirtschaftliche Wahrheit (der Bodenreform) erscheint mir von unberechenbarer Wichtigkeit, und es ist in der Tat ein glücklicher Umstand, daß sie auf den strengsten Grundsätzen der Gerechtigkeit beruht und sich auch nicht durch einen Schatten von Ungewißheit oder Zweifel verdunkeln läßt. Es liegt hier überdies ein besonderer Reiz und eine eigenartige Schönheit in der Klarheit, mit welcher sie die Weisheit und Güte der göttlichen Vorsehung ent-

hüllt, der bewundernswürdigen Fürsorge, die der Schöpfer für die Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse unseres sozialen Daseins getroffen hat. Ein gewaltiges gemeinsames Eigentum, ein großes nationales Vermögen ist unter die Herrschaft und zur Verfügung der Gesamtheit gestellt. Aus dieser Hilfsquelle kann sie reichlich schöpfen, um die so notwendigen Ausgaben zu bestreiten für die Regierung, die Rechtspflege, die Erziehung der Jugend. Sie ermöglicht es ihr, für einen angemessenen Lebensunterhalt auch der Armen zu sorgen. Eine merkwürdige Eigentümlichkeit dieses Eigentums ist ferner sein Wert, welcher nie derselbe bleibt. Er steigt fortwährend und wächst in direktem Verhältnisse zu der Zunahme der Bevölkerung. Dieselben Ursachen, welche die Anforderungen an den Grundwert für gemeinnützige Zwecke erhöhen und vervielfältigen, vermehren ganz in demselben Verhältnis sein Vermögen, diesen Anforderungen zu genügen." —

Zu einer amtlichen Stellungnahme der katholischen Kirche führte das Auftreten des tapferen Pfarrers von St. Stephan in New York, Mc. Glynn, der Seite an Seite mit Henry George in Amerika für den Gedanken der Bodenreform kämpfte. Daraufhin beauftragte Papst Leo XIII. seinen Legaten, den Erzbischof Satolli, die Bodenreformlehre zu untersuchen. Dieser berief vier Professoren der katholischen Universität Washington als Gutachter. Nach sorgfältiger Prüfung erklärten sie einstimmig, daß in der Lehre der Bodenreform nichts enthalten sei, was gegen das Dogma und die Moral der katholischen Kirche verstoße. Der Papst bestätigte das, als er in Rom Mc. Glynn persönlich freundlich empfing.

Das eine soll bleiben: Jede ernste Beschäftigung mit der Gesetzgebung des Moses, in dem drei Weltreligionen: das Judentum, das Christentum und der Islam den Dolmetscher des Ewigen sehen, führt zu der Erkenntnis, daß in ihr der Bodenwucher nicht milder aufgefaßt wird als Mord und Raub und Gotteslästerung. Dieselben Verheißungen und dieselben Strafen gelten hier und dort.

Wahrlich, die Bodenreformer haben ein Recht, sich in ihrem Kampfe als die Vertreter der höchsten Sittengesetze anzusehen, wenn sie heut dafür stehen, „daß unser Volk genug zu essen habe, und in dem Lande, das der Herr ihm gegeben, sicher wohne".

FR-Dokumentation:

FDP will Boden kommunalisieren

Die Thesen eines nächtlichen Beschlusses im Wortlaut / Private Häuser auf öffentlichem Grund als Ziel / In zehn Sitzungen vorbereitet

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Frankfurt hat am Dienstagabend, eine Viertelstunde vor Mitternacht, mit der knappen Mehrheit von 58 gegen 49 Stimmen die Kommunalisierung von Grund und Boden gefordert.

Die FR hat in einem Teil ihrer Donnerstagausgabe bereits darüber berichtet. Da dieser Beschluß auch als Frankfurter Antrag beim nächsten Landesparteitag der hessischen FDP eingereicht werden soll, ist ihm ein bundesweites Interesse sicher. Wir bringen die Thesen des nächtlichen FDP-Beschlusses im Wortlaut:

„Das seit 1949 geltende Grundgesetz mit seiner Eigentumsgarantie in Artikel 14 und die sonstigen gesetzlichen Regelungen haben es trotz der darin enthaltenen Sozialbindung nicht vermocht, unträgbare Verhältnisse und zahlreiche Mißbräuche mit dem privaten Eigentum an Grund und Boden zu verhindern. Hinzu kommt, daß das private Eigentum an Grund und Boden in seiner historischen und naturrechtlichen Grundlage zweifelhaft ist.

Als Form der Herrschaftsgewalt über Grund und Boden kann das private Eigentum in seiner jetzigen rechtlichen und wirtschaftlichen Gestalt nicht mehr aufrechterhalten werden. Grund und Boden müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Das Privateigentum an Gebäuden wird dadurch nicht berührt.

Die Überführung von Grund und Boden in öffentliches Eigentum ist alsbald in Angriff zu nehmen und sollte im Laufe von einem bis zwei Jahrzehnten abgeschlossen sein. Sie erfolgt gegen Entschädigung. Diese Entschädigung muß unter Beachtung des Grundsatzes wohlerworbener Rechte, aber ohne Berücksichtigung von Planungs- und Spekulationsgewinnen nach Billigkeit festgesetzt werden.

Der in öffentliches Eigentum überführte Grund und Boden soll auch in Zukunft gegen Zahlung eines angemessenen laufenden Entgeltes zur Nutzung an Privathand überlassen werden.

Die Überlassung von Grund und Boden zur Nutzung muß jedoch auf Zeit und unter der Bedingung erfolgen, daß sie aus Gründen des Gemeinbedarfs widerrufen werden kann. Die auf dem Grundstück getätigten Investitionen sind in diesem Falle abzugelten.

Bei der institutionellen Regelung der Verwaltung und Verteilung von Grund und Boden sind Sicherungen gegen die Einflußnahme durch Interessengruppierungen vorzusehen."

Soweit der Wortlaut des Beschlusses, den der Arbeitskreis „Eigentumspolitik" der Frankfurter FDP in zehn Sitzungen in der Zeit vom 17. Dezember 1970 bis 4. März 1971 vorbereitet hatte. al

2.4.71

Besonderes Merkmal des fast vollständig erhaltenen Mauerringes von Neubrandenburg sind die Wiekhäuser, die stets beliebter Anziehungspunkt für Touristen sind. Foto: ZB/Link

Veranstaltungsreihe zur Verfassung beginnt morgen

Schwerin (dpa/mv) Mit einer Reihe von Podiumsdiskussionen wollen die Mitglieder der Verfassungskommission den Entwurf der Landesverfassung der Öffentlichkeit vorstellen. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-, Friedrich Ebert- und Friedrich-Naumann-Stiftung treten die Parlamentarier in Rostock, Stralsund, Greifswald, Wismar, Neubrandenburg, Güstrow und in Schwerin auf. Die Reihe beginnt morgen im Festsaal des Rostocker Rathauses und endet am 1. Oktober im Schweriner Schloß.

FDP-Gruppe fordert Bodenspekulationssteuer

Schwerin (dpa/mv) Die Gruppe von FDP-Politikern um Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Conrad-Michael Lehment und die Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein und Berlin, Wolfgang Kubicki und Carola von Braun, haben sich für die Erhebung einer sogenannten Bodenwertzuwachssteuer ausgesprochen. Mit dieser Steuer sollten Grundstücke belegt werden, die als Bauland ausgewiesen seien, mit denen aber nur spekuliert würde, hieß es in einer Erklärung am Wochenende.

Ostsee Zeitung 24.8.92

Pieroth: Steuererleichterung in wirtschaftlicher Randzone

Bergen (OZ) Eine Steuererleichterung für Gewerbetreibende in den wirtschaftlichen Randzonen Deutschland forderte der Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung und Finanzsenator von Berlin, Elmar Pieroth, am Samstag während eines Besuches in Bergen. Einer Einladung des Rügener CDU-Mittelstandes folgend, informierte er sich über Probleme bei der Privatisierung und Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen auf der Insel.

Obdachloser in Plauer Heim verbrannt

Plau (dpa/mv) Bei einem Brand in einem Obdachlosenheim in Plau (Landkreis Parchim) ist in der Nacht zum Samstag ein 35jähriger Mann ums Leben gekommen. Zwei weitere Bewohner des Heims wurden verletzt. Nach Mitteilung der Polizei vom Wochenende wird Brandstiftung vermutet.

Lieber Traian!
Danke für Deine Infos!
Vielleicht interessiert Dich auch
diese Perle zur Verteilung u. oder Rückmeldung
Kurz Thesen zur Verfassung
7.9.92

Tristan Abrmeit
[redacted] 1

21.3. 1978

Herrn
Prof. Dr. Peter von Oertzen MdL
Nettelbeckstr. 21
3000 Hannover

Unterstützung bei der Entwicklung einer Boden-Genossenschaft

Sehr geehrter Herr von Oertzen,

Ihre Partei, die SPD, und meine Partei, die F.D.P., haben die Reformbereitschaft der Wählermehrheiten verschleudert. Die Liberalen und die Sozialdemokraten sind auf dem Wege zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert zu den großen Versagern zu werden.
Heute ist es doch bereits wieder so, daß z.B. das unbewältigte Bodenrechtsproblem nicht im Wahlkampf erwähnt werden darf, wenn die jeweils betroffene Partei keine Stimmenverluste in Kauf nehmen will.

In dieser Situation, in der die Ergebnisse sozialdemokratischer Politik sicher nicht Ihren Intentionen entsprechen, in der Sie aber als profilierter Repräsentant der SPD für diese negativen Ergebnisse die Verantwortung (mit)tragen müssen, wäre es doch sicher auch für Sie überlegenswert - und sei es nur zur moralischen Beruhigung -, ob es nicht noch andere Wege zu einer erfolgreicheren Politik gibt, als jene der üblichen Parteipolitik.

In Bezug auf den Boden meine ich den Weg, den Ihr verstorbener Parteigenosse Karl Walker in der Zeitschrift "evolution" Aug./Sept. 1972 beschrieben hat und für den der Schweizer Ribi bereits viele theoretische Vorarbeiten geleistet hat. (Siehe Anlagen "Möglichkeiten ..." und "Familiat")

Einige Freunde und ich sind nun dabei zu prüfen, was sich von dieser Idee hier und heute realisieren läßt. Das Prüfen und Umsetzen auf unsere Verhältnisse ist eine umfangreiche Arbeit, für die wir Unterstützung benötigen. Ich frage Sie, ob Sie nicht Freunde in Hochschule oder Verwaltung haben, die uns aktiv helfen wollen und können.
Als weitere Information erhalten Sie den Leserbrief vom 11.3.78.
Falls Sie Ihr Weg (zum Beispiel im Wahlkampf) nach Mardorf führt sind Sie bei mir herzlich willkommen.

Mit freundlichen Grüßen
Tristan Abrmeit

Professor Dr. Peter von Oertzen

3000 Hannover, den 26. 6. 78
Odeonstraße 15/16
Tel. 0511/167 41

Herrn
Tristan Abromeit
Weißdornweg 4

3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit,

wie versprochen, komme ich jetzt auf Ihr Schreiben vom 21. März 1978 und auf unseren Briefwechsel zurück. Ich habe mir die Pläne für ein neues auf genossenschaftlicher Grundlage entwickeltes Bodenrecht ("Familiat") genauer angesehen und festgestellt, daß in der Tat - wie ich vermutet hatte - meine Sachkenntnis nicht ausreicht, um mir darüber ein Bild zu machen. Die Grundidee hat etwas faszinierendes, aber ich vermag ihre Voraussetzungen und möglichen Konsequenzen nicht zu übersehen. Aus diesem Grunde habe ich heute die mir damals übersandten Unterlagen in Kopie unserem Oppositionsführer Herrn Ravens übersandt, der ja in Sachen Bodenrecht ein Fachmann ist und darüber hinaus die Möglichkeit hat, Fachleute in unserer Partei mit dieser Angelegenheit zu befassen. Sie dürfen natürlich nicht auf eine sofortige Antwort rechnen; aber ich darf Ihnen versichern, daß ich die Angelegenheit ernsthaft verfolgen werde. Das Dilemma unserer gegenwärtigen Bodenrechtsordnung verfolgt mich schon seit langem; und ohne daß ich nun eine vorweggenommene positive Antwort auf Ihre Pläne geben möchte, so will ich doch sagen, daß ich bereit bin, jede auch noch so abseits liegende Möglichkeit zu nutzen, aus diesem Dilemma herauszukommen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Peter von Oertzen

ZfSÖ
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE
ONLINE

REZENSION | ONLINE 21.01.2020

Hans-Jochen Vogel

Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar

Freiburg. Herder Verlag, 2019. 80 Seiten.

Hans-Jochen Vogel hat es in seinem 94. Lebensjahr nochmal gepackt: In einem handlichen Taschenbuch hält er – fast ein halbes Jahrhundert nach seinem ersten Versuch – ein flammendes Plädoyer für eine grundlegende Reform des deutschen Bodenrechts. Zugleich fasst er in diesem Buch alle bisherigen (größtenteils gescheiterten) Bemühungen noch einmal zusammen.

Das war nicht unbedingt zu erwarten, denn als ich ihn vor 10 Jahren für meine eigene Diplomarbeit „Wege zu einer gerechte(re)n Bodenordnung" angeschrieben hatte, war er zwar sehr hilfsbereit, es klang bei ihm – ebenso wie bei seinen ehemaligen Mitstreitern – jedoch ein hohes Maß an Resignation durch. Erst nachdem sich 2017 die „Münchner Initiative für ein soziales Bodenrecht" gegründet hatte, um die Ursachen ständig steigender Mieten und Immobilienpreise sowie mögliche Gegenmaßnahmen zu diskutieren, wurde Hans-Jochen Vogel wieder zu einem aktiven Mitstreiter.

57. Jahrgang 2020
Herausgeber + Copyright: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung
in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.
Kontakt: Dipl. Ökonom Werner Onken — verantwortlich —
Weitzstr. 15, 26135 Oldenburg | Telefon: 0441-36 111 797 [AB]
E-Mail: onken@sozialoekonomie.info
Text/Bildbearbeitung: Vlado Plaga

Nach ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema schrieb auch Vogel einen Artikel für die „Süddeutsche Zeitung" und fasste daraufhin den Entschluss, nochmal ein Buch zu diesem Thema zu veröffentlichen. In seiner gewohnt gewissenhaft-akribischen Art ließ er aktuelle Zahlen recherchieren, fasste die Ergebnisse und einen Rückblick in seinem gut verständlichen Sprachstil für sein Buch zusammen und konnte es schließlich am 20. November 2019 selbst im Münchner „Salon Luitpold" vorstellen.

Gleich zu Beginn des Buches erklärt Vogel „warum ich neuerdings auf einem Arbeitsgebiet aktiv bin, das mir schon vor 50 Jahren wichtig war", und liefert die recherchierten Zahlen: Ursache für teuren Wohnraum seien vor allem die Baulandpreise. Bundesweit seien diese seit 1962 um 2.308 Prozent gestiegen; in München seit der ersten Erfassung 1950 sogar um 39.390 Prozent. Der reine Bodenpreis mache in München aktuell fast 80 Prozent der Neubaukosten einer Wohnung aus. Es erstaune ihn, dass diese Zahlen „so gut wie keine öffentlichen Protestbewegungen und bisher auch keinen Medienaufruhr verursacht haben", so Vogel. Und das, obwohl Artikel 14 Grundgesetz lautet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Es folgen mehrere Kapitel zu Vogels ersten Bemühungen für eine Bodenrechtsreform in den 1970er und frühen 1980er Jahren, in denen er Oberbürgermeister in München, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Bundesminister der Justiz sowie Regierender Bürgermeister von Berlin war. Vogels Analyse lautet: Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie eine bezahlbare Wohnung finden können, während auf der anderen Seite die Reichen des obersten Vermögensdezils profitieren. Und das mit Unterstützung des Staates und auf Kosten der Allgemeinheit.

Weil vieles so klingt, als sei es topaktuell, zitiert Vogel ausführlich aus damaligen Texten, in denen es um galoppierende Bodenpreissteigerungen und die daraus resultierenden Probleme geht. So zum Beispiel aus der Rede seines damaligen Kommunalreferenten Werner Veigel aus dem Jahr 1970: „Die Mieten steigen. (...) Die Eigentumsbildung wird zum Spekulationsobjekt. (...) Ungeschminkt ausgedrückt: eine verschwindend kleine Minderheit wurde durch diese Entwicklung maßlos reich. Wir Normalbürger finanzieren diese Millionengewinne durch Steuern und durch Verzicht auf dringende Einrichtungen der Daseinsvorsorge." Boden werde „gehandelt wie Ware in einem Krämerladen". Es sei „höchste Zeit, das Eigentum an Grund und Boden im Sinne des Grundgesetzes einer echten Sozialbindung näher zu führen. Um Wucher und Bodenspekulation zu bekämpfen, muss dem Boden seine privilegierte Funktion als Anlagegut mit risikoloser Gewinnchance endlich genommen werden." Der Münchner Stadtrat fasste daraufhin einen Beschluss, der eigentlich Kern eines Bundesgesetzes werden sollte.

Vogel kritisiert, damals wie heute sei die größte Ungerechtigkeit, dass ein privater Grundeigentümer zwar entschädigt werden muss, wenn kommunale Planung den Wert seines Bodens mindert, dass derselbe Eigentümer aber allen Gewinn behalten dürfe, wenn genau diese Planung den Wert seines Grunds steigert. Das verschaffe dem Eigentümer einen „leistungslosen Planwertgewinn". Planwertgewinn deshalb, weil die Kommune Infrastruktur plane und schaffe. Die Kosten für diese Planungsleistungen zahle die Allgemeinheit über die Steuern. Und zwar doppelt, denn sie zahle auch die später höheren Grundstücks-Kaufpreise bei Eigenbedarf der Kommune. Es sei also nur folgerichtig und fair, diese Planwertgewinne abzuschöpfen und für die Allgemeinheit zu verwenden, so Vogels Fazit. Er und die SPD starteten also Anfang der 1970er Jahre eine Gesetzesinitiative für eine grundlegende

Änderung des Boden- und Baurechts, die genau diesen sog. Planungswertausgleich ermöglichen sollte.

Es folgten jahrelange Debatten, bei denen es zunächst aus allen Lagern Unterstützung gab - sogar von Seiten, von denen man das nicht vermuten würde. Franz-Josef Strauß hatte beispielsweise in einer Rede am 2.7.1970 seinen Parteifreunden erklärt: „Die Grundstückspreise in Deutschland steigen in einem Maße, dass es nicht zu verantworten ist, diese Gewinne unversteuert in die Taschen einiger fließen zu lassen. So hat z.B. die Stadt München von 1957 bis 1967 für etwa 650 Mio. DM Grundstücke erworben. Wenn sie diese alle im Jahr 1957 zusammengekauft hätte (...), hätte sie nur 148 Mio. DM gezahlt. Eine halbe Milliarde ist damit aufgrund öffentlicher Leistungen – Erschließungsaufwendungen – von einigen wenigen verdient worden, und das auch noch steuerfrei".

Als der Bundestag allerdings schließlich eine Baugesetznovelle beschloss, waren die meisten Vorschläge auf Intervention der FDP und der CDU (im Bundesrat) so verwässert worden, dass eine wirklich wirksame Reform ausblieb. Insbesondere für den Planungswertausgleich fehlt bis heute eine gesetzliche Grundlage. Die SPD, deren Parteichef Vogel von 1987 bis 1991 war, verlor daraufhin den Mut für weitere bodenpolitische Initiativen, wie Vogel selbstkritisch einräumt.

Im zweiten Teil seines Buches erklärt Hans-Jochen Vogel, was die Politik heute machen müsste, damit Wohnen wieder bezahlbar wird. Zuvorderst wäre ein Paradigmenwechsel nötig, der anerkennt, dass Boden ein Gut ist, das vergleichbar mit Luft und Wasser, den sozialen Regeln des Allgemeinwohls unterliegen müsse: „Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden." Entgegen der gelebten Realität, in der der Boden wie eine beliebige Ware gehandelt werde, sei diese Erkenntnis auch nicht neu, schließlich habe das Bundesverfassungsgericht schon 1967 verkündet: „Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen."

Hans-Jochen Vogel hat die aktuellen Maßnahmen und Debatten zur Bodenfrage genau verfolgt und kommentiert auch diese ausführlich. Darüber, dass die aktuelle Große Koalition zwar eine Enquete-Kommission beschlossen, dann aber lediglich eine interne Baulandkommission beim Innenministerium eingerichtet hat, zeigt sich Vogel enttäuscht. Entscheidende Vorschläge von ihm und anderen Experten habe die Baulandkommission nicht übernommen – zum Beispiel den „Planungswertausgleich". Damit seien weiter nur Symptome, nicht aber die Ursache im Blick, genauso wie bei der Mietpreisbremse und dem Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen". Vorbildlich findet Vogel dagegen die Wohnraumpolitik der Stadt Wien und die Bodenpolitik des Kantons Basel-Stadt, welcher in Folge der sog. „Bodeninitiative" grundsätzlich kein Land mehr verkauft, sondern zukauft.

Bei seinen eigenen Vorschlägen sieht Vogel folglich die Kommunen in einer besonderen Rolle: Sie sollten, ebenso wie der Kanton Basel, keinerlei Boden mehr verkaufen und ihr Grundeigentum bei jeder Gelegenheit mehren, um selbst Einfluss auf die Schaffung und den Erhalt von Wohnraum zu haben. Anstelle von Eigentums- werden nur noch Nutzungsrechte (Erbbaurecht) übertragen.

Der Bund solle eigene Flächen, die er nicht mehr benötigt, verbilligt oder kostenlos an die Kommunen übertragen. Die Spekulationsfrist von zehn Jahren, nach der Veräußerungsge-

winne von Immobilien für Private nach 10 Jahren steuerfrei sind, gehörten ebenso ersatzlos gestrichen, wie die sog. Share-Deal-Regelung für Immobilienunternehmen, mit denen diese die Grunderwerbssteuer umgehen können. Auch die Grundsteuerreform solle nicht verspielt werden. Vogel befürwortet anstelle der aktuellen Vorschläge eine reine Bodenwertsteuer als geeignetste Variante. Die Einführung der sog. „Grundsteuer C" für baureife unbebaute Grundstücke befürwortet Vogel. Vor allem aber sollte endlich der „Planungswertausgleich" ermöglicht und grundsätzlich genutzt werden, denn ohne dieses Instrument könne es schlicht keine Gerechtigkeit geben.

Bernadette-Julia Felsch
E-Mail: bjfelsch@gmx.de

Video zur Buchvorstellung am 20.11.2019: youtu.be/BCPmpH-gI80
Interview mit Hans-Jochen Vogel: kurzelinks.de/779e